

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Realkredit für Privat- und Kleinbahnen.

Dem Herrnhause liegt zur Zeit ein Gesetzentwurf vor, welcher das Pfandrecht an Privateisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsvollstreckung in dieselben betrifft.

Schon seit länger Zeit hatte sich das Bedürfnis geltend gemacht, eine gesetzliche Form zur Verpfändung des Gesamtwertes eines Bahnunternehmens zu schaffen.

Der größere Teil der Kleinbahnunternehmungen befindet sich in Händen von Privatpersonen oder Privatgesellschaften, welche zur Kapitalbeschaffung hauptsächlich Realkredit in Anspruch nehmen müssen, und zwar vielfach schon zur Herstellung der Bahn überhaupt.

Von der Wiederaufnahme einer reichsgesetzlichen Regelung ist abgesehen worden, weil das Kleinbahnwesen, welches zur Zeit für die Kreditversorgung hauptsächlich in Betracht kommt, in der Mehrzahl der Bundesstaaten noch nicht wie in Preußen unter einen einheitlichen Rechtsbegriff zusammengefasst und einheitlich geregelt ist.

Der Gesetzentwurf beruht auf dem Grundgedanken, daß die Gesamtheit der einem Bahnunternehmen gewidmeten Sachen und Rechte eine rechtliche Einheit bildet.

Die Bahneinheit entsteht, sobald die Genehmigung der Eröffnung des Betriebes erteilt ist. Der Unternehmer kann aber schon vorher die Anlage eines Bahngrundbuches beantragen.

Die an der Bahn begründeten Pfandrechte haben die Einheit als solche und nur mittelbar die einzelnen Bestandteile derselben zum Gegenstande.

den, ohne Weiteres in die Pfandhaftung ein. Das Pfandrecht besteht somit an den jeweiligen Bestandteilen der Bahneinheit. Die Sicherheit des Gläubigers beruht darin, daß ein Auscheiden einzelner Bestandteile aus der Bahneinheit nur zulässig ist, wenn dadurch die Betriebsfähigkeit des Unternehmens nicht beeinträchtigt wird.

Deutschland.

Berlin, 18. März. Dem Diner am Sonnabend bei dem Reichskanzler Fürsten Hohenlöwe wohnten außer dem Kaiser die Staatsminister, der Oberhofmarschall Graf Eulenburg, der Chef der Reichskanzlei Geheimrat Ober-Regierungsrath Freiherr von Wilmowski, sowie die Mitglieder und der Protokollführer des Staatsrats bei.

Zu der Mitteilung, daß der Kaiser im Staatsrat bemerkt habe, wenn man fortfähre, seine Persönlichkeit in die Debatte zu ziehen, so mochte man es ihm unmöglich, die Beratungen des Staatsrats zu leiten, fügte die heutige „Neuest. Nachr.“ als Ergänzung hinzu, daß Graf Kanitz seine Tage zuvor im Staatsrat gehalten habe.

In dem Befinden des Prinzen Joachim ist keine Veränderung eingetreten. Für den Patienten, der von seiner kaiserlichen Mutter in aufopfernder Weise gepflegt wird, ist absolute Ruhe erforderlich.

Nach einem weiteren Telegramm ist der Freiherr v. Schorlemer-Alst gestern Mittag 1 Uhr gestorben.

Wie die „Post“ vernimmt, steht jetzt fest, daß die feierliche Eröffnung des Nordostkanals am 19. Juni stattfindet. Tags zuvor nehmen der Kaiser, die zur Teilnahme an der Schlußfeier erschienenen Fürstlichkeiten und die übrigen geladenen Gäste an dem Feste der Stadt Hamburg Theil.

Am gestrigen Sonntage feierte der württembergische Ministerpräsident Freiherr v. Mittnacht seinen 70. Geburtstag, nachdem er bereits vor drei Jahren auf eine Zwanzigjährige Hütigkeit zurückblicken konnte.

Zuletzt, 16. März. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß die kaiserliche Marine die hier stattfindende Ausstellung der deutsch-nordischen Handels-Industrie besichtigt.

Wien, 16. März. Finanzminister Dr. von Plener brachte im Abgeordnetenhaus eine Nachtragsvorlage zum Budget in Höhe von 2000000 ein zur Erteilung von Subsidien-Zulagen an die Staatsbeamten der untersten drei Rangklassen.

Brüssel, 16. März. Der „Brüss. Kur.“ erzählt aus guter Quelle, der Konigstaat fordere an Stelle der Anleihe von Belgien 30 Millionen Fr. Zusage, wovon 5 Millionen sofort und 5 Millionen jährlich bis 1900 zu zahlen wären.

welcher die Einführung einer Tabakfabriksteuer vorseht, mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt worden. Ablehnung ist erfolgt, obgleich von keiner Seite auch nur der Versuch gemacht war, zu bestreiten, daß das Reich neuer Mittel bedürfe und obgleich von dem Abgeordneten von Nassow der sehr beachtenswerte Vorschlag gemacht war, aus den Erträgen der Tabaksteuer eine Summe zur Verfügung zu stellen, um Arbeiter, welche in der Ueberangeseit vorübergehend entlassen würden, ausreichende Beihilfen für ihren Lebensunterhalt zu gewähren.

Paris, 17. März. In einer gestern anläßlich des Jahrestages der Kommune stattgefundenen Versammlung stellte ein Redner den Antrag auf Aufhebung der lebenden Heere und sprach sich des Weiteren über den deutschen Sozialismus lobend aus.

Rom, 17. März. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massow: General Baratieri erhielt neuerdings ein Schreiben Kas Wangaschas, in welchem derselbe seine Bitte wiederholt, mit Baratieri in Friedensverhandlungen eintreten zu dürfen.

Kopenhagen, 16. März. Das Folkething nahm mit 59 gegen 4 Stimmen in dritter Lesung das Finanzgesetz an, wonach sich jetzt ein Ueberschuß von 2150000 Kronen ergibt.

Petersburg, 16. März. Die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten hat die russische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß der ehemalige Staatssekretär Forster sich in Japan als Privatmann aufhalte.

St. Petersburg, 17. März. Der Zar empfing in langer Audienz den Fürsten Sadowan zur Entgegennahme von Vorschriften für die Besetzung der vakanten Vortischposten.

Manila, 17. März. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß die kaiserliche Marine die hier stattfindende Ausstellung der deutsch-nordischen Handels-Industrie besichtigt.

Wien, 16. März. Finanzminister Dr. von Plener brachte im Abgeordnetenhaus eine Nachtragsvorlage zum Budget in Höhe von 2000000 ein zur Erteilung von Subsidien-Zulagen an die Staatsbeamten der untersten drei Rangklassen.

Brüssel, 16. März. Der „Brüss. Kur.“ erzählt aus guter Quelle, der Konigstaat fordere an Stelle der Anleihe von Belgien 30 Millionen Fr. Zusage, wovon 5 Millionen sofort und 5 Millionen jährlich bis 1900 zu zahlen wären.

1896 eingebracht, der mit 1300556 Fr. Ueberschuß abschließt.

Paris, 17. März. In einer gestern anläßlich des Jahrestages der Kommune stattgefundenen Versammlung stellte ein Redner den Antrag auf Aufhebung der lebenden Heere und sprach sich des Weiteren über den deutschen Sozialismus lobend aus.

Rom, 17. März. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massow: General Baratieri erhielt neuerdings ein Schreiben Kas Wangaschas, in welchem derselbe seine Bitte wiederholt, mit Baratieri in Friedensverhandlungen eintreten zu dürfen.

Madrid, 17. März. In der Kammer theilte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit, daß die amerikanische Regierung wegen des Vorfalls mit dem Dampfer „Allianca“ Beschwerde erhoben hätte, und fügte hinzu, die Regierung sei Willens, die dadurch entstandenen Fragen nach Recht und Billigkeit zu regeln, ohne das Recht und die Würde Spaniens zu schädigen.

Kopenhagen, 16. März. Das Folkething nahm mit 59 gegen 4 Stimmen in dritter Lesung das Finanzgesetz an, wonach sich jetzt ein Ueberschuß von 2150000 Kronen ergibt.

Petersburg, 16. März. Die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten hat die russische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß der ehemalige Staatssekretär Forster sich in Japan als Privatmann aufhalte.

St. Petersburg, 17. März. Der Zar empfing in langer Audienz den Fürsten Sadowan zur Entgegennahme von Vorschriften für die Besetzung der vakanten Vortischposten.

Manila, 17. März. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß die kaiserliche Marine die hier stattfindende Ausstellung der deutsch-nordischen Handels-Industrie besichtigt.

Wien, 16. März. Finanzminister Dr. von Plener brachte im Abgeordnetenhaus eine Nachtragsvorlage zum Budget in Höhe von 2000000 ein zur Erteilung von Subsidien-Zulagen an die Staatsbeamten der untersten drei Rangklassen.

Brüssel, 16. März. Der „Brüss. Kur.“ erzählt aus guter Quelle, der Konigstaat fordere an Stelle der Anleihe von Belgien 30 Millionen Fr. Zusage, wovon 5 Millionen sofort und 5 Millionen jährlich bis 1900 zu zahlen wären.

bestimmern zugegangene Kündigung der Wasserleitung, wegen angeblich von den städtischen Behörden beschlossener abgeänderter Bedingungen für die Entnahme von Wasser aus der städtischen Wasserleitung zurück zu nehmen.

Zu den Motiven dazu heißt es: Viele hiesige Hausbesitzer haben von der hiesigen Gas- und Wasserleitungs-Deputation folgendes Schreiben erhalten: Ew. Wohlgebohren theilen wir ergebenst mit, daß die städtischen Behörden die Einführung abgeänderter Bedingungen für die Entnahme von Wasser aus der städtischen Wasserleitung beschlossen haben.

Dieses Schreiben setzt hervor, daß beide städtischen Behörden — der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung — übereinstimmend die Vorlage über die Abänderung der Bedingungen für die Entnahme von Wasser aus der städtischen Wasserleitung schon genehmigt und beschlossen haben.

Da nun aber aus der Beratung und selbst aus der Annahme einzelner Paragraphen keineswegs folgt, daß eine Vorlage auch als Ganzes angenommen wird — wir erinnern in dieser Beziehung nur an die frühere Vorlage betreffs Einführung von Wassermetern, bei welcher die einzelnen Paragraphen im Einzelnen durch beraten und genehmigt, die Vorlage als Ganzes aber abgelehnt wurde — so kann nicht zugegeben werden, daß die Vorlage über Abänderung der Bedingungen von Entnahme von Wasser aus der städtischen Wasserleitung seitens der Stadtverordnetenversammlung bis jetzt gültig verabschiedet sei.

Rektor und Senat der Universität Greifswald werden dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstag eine Glückwunsch-Adresse überreichen.

Das preussische Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß zum 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck am 1. April sämtliche preussische Schulen geschlossen sind. Den Schulleitungen ist nahe gelegt worden, den Tag durch eine Feier öffentlich zu begehen.

In dem 9. Verzeichnis der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen befinden sich die folgenden aus Pommern: Duttmacher Paul Marja und Genossen, Deamter E. Below und Genossen, Zimmermeister G. Schmidt und Genossen, sämtlich aus Stettin, bitten um Aufhebung des Impfyergesetzes bezw. Befreiung des Impfyergesetzes und V. Viermann zu Jütisch bei Zigmund und Genossen aus den Amtsbezirken Parnitz, Gr. Jutin und Görke bitten um Annahme des Gesetzentwurfs betr. Uebertragung und Ergänzung des Strafbuchgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse.

Die unter den neuen Spezialitäten der Zentralkassen sind vor allem „The 5 Dayton“ hervorzuheben, deren hiesige Spiele zu dem Besen gehört, was bisher auf gymnasialen Gebiete geübt worden ist. Die Mitglieder der Truppe sehen zum Theil noch im jugendlichen Alter, aber die Produktionen derselben bereits vollendete Meisterschaft, die schwierigen Tricks werden anscheinend mit spielender Leichtigkeit ausgeführt, wobei besonders die stotzen Doppel-Saltomortales auffallen.

Rio de Janeiro, 16. März. Gestern brach in der hiesigen Militärschule eine Meuterei aus, die aber bald durch herbeigekommenes Militär unterdrückt wurde. Die Schule, die gegen 800 Kadetten und Studenten zählt, wurde bis zum Mai geschlossen. Die Meuterei ist eine Folge politischer Intrigen gegen die Regierung.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 18. März. Von einer größeren Anzahl hiesiger Hausbesitzer ist, wie wir hören, der folgende Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gestellt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat ersuchen, die den hiesigen Haus-

